

Editorial

Am 11. April 2006 wurde die Stadt Essen, stellvertretend für das Ruhrgebiet, zur Kulturhauptstadt 2010 in Europa ernannt. Im Rahmen der Bewerbung für diesen Titel richtete das Kulturwissenschaftliche Institut (KWI) in Essen zusammen mit dem Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit an der Katholischen Universität Brüssel und dem Institut für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund am 9. November 2005 eine Tagung zu dem Thema ‚Die bildungspolitische Frage in einem Europa der Bürger‘ aus.

Den *Ausgangspunkt* dieser Tagung bildeten die Europäische Union, die von ihr verfolgte Bildungspolitik sowie die von europäischen Bildungsministern 2000 aufgestellte ‚Lissabonner Strategie‘ zur ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Erneuerung der EU aus dem Jahr 2000. Im Rahmen letzterer erfährt auch Bildung eine zentrale Stellung, sie ist gekennzeichnet durch das Spannungsverhältnis zwischen den Kompetenzen der EU einerseits und den Kompetenzen der in ihr zusammengeschlossenen Nationalstaaten andererseits. So hebt der Rat ‚Bildung, Jugend und Kultur‘ der Europäischen Union in seinen Schlussfolgerungen zum Zwischenstand der Umsetzung der Lissabonner Strategie am 21. Februar 2005 hervor, dass der Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Umsetzung der Strategie von entscheidender Bedeutung sei, da die allgemeine und berufliche Bildung unverzichtbare Qualifikationen schaffe und ein unentbehrliches kreatives Potential hervorbringe. In Kapitel 3 des EG-Vertrags werden der EU jedoch nur Fördermöglichkeiten in Ergänzung zu den nationalen Bildungspolitiken gegeben, so dass die EU in Bildungsfragen lediglich eine die Nationalstaaten ergänzende Rolle zufällt. Zwar wird versucht, mehr Einfluss auf die Bildungssysteme, z.B. durch transnationale Qualitätsstandards und die ‚offene Koordinierungsmethode‘ zu erlangen, dem steht jedoch das rechtliche ‚Harmonisierungsverbot‘ gegenüber, das zu einer Verfestigung der Verantwortung für die Bildungswesen auf nationaler, aber auch regionaler Ebene führt, so dass ein Konsens über einen gemeinschaftlichen Bildungsauftrag für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit erschwert wird. Die Tagung widmete sich dieser Problematik: Die Teilnehmenden gaben Einblicke in die vielfältige Bildungslandschaft in Europa und zeigten Wege zu einem möglichen gemeinschaftlichen Bildungsauftrag auf.

Die in diesem Heft versammelten *Beiträge* sind aus der oben genannten Tagung hervorgegangen oder knüpfen an das Tagungsthema an: *Klaus Schleicher* skizziert grundlegende Überlagerungen von non-formalen und formalen Bildungsimpulsen in unterschiedlichen Räumen und Zeiten. Dabei geht es sowohl um historische Befunde als auch um Wahrnehmungszusammenhänge bis in die Gegenwart. In seinen Ausführungen konstatiert Schleicher, dass im non-formalen Bereich tendenziell mehr Gemeinsamkeiten in Bildungsfragen bestünden als im formalen Bereich, da die formale Erziehung in Ermangelung einer europäischen Öffentlichkeit häufig nationalen Selbst-

bildern folge, obgleich grundlegende Wertorientierungen weithin europäisch seien. *Ingeborg Berggreen-Merkel* vertieft in ihrem Beitrag die Frage, ob zwischen nationalen Identitäten und einem gemeinschaftlichen Bildungsauftrag der EU ein unauflösbarer Widerspruch für die formale Bildung bestehe, indem sie aus juristischer Perspektive die Entwicklung einer europäischen Bildungspolitik skizziert. Danach seien die unterschiedlichen Bildungssysteme der Mitgliedstaaten der EU das Ergebnis langer nationaler Traditionen und ein besonderer Ausdruck nationaler Identitäten. In der EU haben sich aber spätestens mit dem Vertrag von Maastricht auch regionale Identitäten wieder stärker entwickelt. Diese Vielfalt drücke sich, so *Jeroen Darquennes* in seinem Beitrag, in einem breiteren gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen der Mehrsprachigkeit aus, bei dem den ca. 90 Regional- oder Minderheitensprachen mit ca. 40 bis 70 Millionen Sprechern eine wichtige Rolle zukomme. Der Autor zeigt auf, dass es eine Vielzahl von regionalen Teilschulsystemen gibt, die den Besonderheiten europäischer Regionen mit Regional- oder Minderheitensprachen gerecht würden und in ihrer Zielerreichung, wie die PISA-Studie gezeigt habe, oftmals effektiver seien als die nationalen.

Peter J. Weber vertritt in seinem Beitrag die These, dass aufgrund des weltweiten ökonomischen Primats Bildung auch in Europa auf eine ‚technische Größe‘ reduziert werde. Hierzu gibt Weber einen theoriegeleiteten Einblick in die aktuelle Diskussion um Humankapital und Wachstumstheorie. Deutlich werde, so der Autor, dass es im Rahmen europäischer Bildungsprogramme wie SOKRATES und dem für 2007 vorgesehenen Programm ‚Lebenslanges Lernen‘ vornehmlich um die leistungsbezogene und monetäre Bewertung von Bildung gehe – und weniger um ein Europa der ‚Bürger‘. Eine zentrale Ursache hierfür sei die Lissabonner Strategie, die Bildung explizit in den Dienst wirtschaftlicher Ziele stelle. Dabei werde die bildungspolitische Frage, zumindest auf der Ebene der EU, im Selbstverständnis einer Wirtschaftsgemeinschaft gesehen. Demgegenüber greift der Beitrag von *Christine Zeuner* die Frage nach einem Europa auf, das mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft und Wissensgesellschaft sein will. Dazu zieht die Autorin Konzepte für ‚Education for Citizenship‘ heran, die sie dahin gehend befragt, ob sie geeignet sind, eine europäische Identität der Bürgerinnen und Bürger Europas zu bestärken, um ihre aktive Beteiligung an dem ‚europäischen Projekt‘ zu fördern. Zeuner stellt unterschiedliche, auch außereuropäische Konzepte zur ‚Education for Citizenship‘, ihre Zielsetzungen, Implikationen und ihre Reichweite vor und diskutiert auf dieser Grundlage die Frage, was ein Konzept zur ‚Education for Citizenship‘ leisten müsste, um die Identifikation mit und die politische Partizipation in Europa zu fördern.

Die in diesem Heft versammelten Beiträge geben einen Eindruck von der Bandbreite der Zugänge zu dem Thema ‚Die bildungspolitische Frage in einem Europa der Bürger‘ wider, die sowohl von einigenden wie auch von trennenden Elementen geprägt ist. Es war ein Anliegen der Tagung und reflektiert das Interesse dieser Publika-

tion, Beiträge zu dem hier skizzierten Prozess und Anstöße zu weiteren Diskussionen hierüber zu geben, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund und mit Blick darauf, dass das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Kalkül und dem Streben nach einer Wertegemeinschaft eines der zentralen gegenwärtigen und – davon ist wohl auszugehen – zukünftigen Themen der EU und der in ihr zusammen geschlossenen Nationalstaaten markiert.

Sabine Hornberg
Institut für Schulentwicklungsforschung
Universität Dortmund

Peter J. Weber
Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit
Katholische Universität Brüssel